



Gesundheitswirtschaft unter Druck

DIHK-Report Gesundheitswirtschaft | Herbst 2019

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Herausgeber
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der
Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: [http://twitter.com/DIHK_News](https://twitter.com/DIHK_News)

Redaktion

Dr. Philipp Wien, Leiter des Referats Gesundheitswirtschaft

Layout

Friedemann Encke, Katrin Jacobs

Bildnachweise

www.Thinkstock.de / www.gettyimages.com

Stand

Dezember 2019

Wesentliche Ergebnisse auf einen Blick

Herbst 2019

Die Geschäftslage der Unternehmen der Gesundheitswirtschaft trübt sich weiter ein und erreicht den niedrigsten Wert seit sechs Jahren. Insbesondere die Lage im Handel mit Gesundheitsgütern verschlechtert sich deutlich, wohingegen die deutsche Medizintechnik aktuell nach wie vor auf hohen Touren läuft.

Viele Unternehmen der Gesundheitswirtschaft sind mit steigenden Geschäftsrisiken konfrontiert, die sich in den Geschäftserwartungen niederschlagen. Sie blicken nun merklich verhaltener auf ihre künftigen Geschäfte. Zwar sind die Betriebe der Gesundheitswirtschaft nach wie vor zuversichtlicher als die Gesamtwirtschaft, jedoch nun auf dem niedrigsten Niveau seit zehn Jahren. Insbesondere die Medizintechnik und der Handel mit Gesundheitsgütern blicken deutlich weniger positiv in die Zukunft. Hauptgrund für die eingetrübte Stimmung in der Medizintechnik ist die EU-Verordnung über Medizinprodukte, die ab dem 26. Mai 2020 Anwendung finden wird und für die Unternehmen mit großen Herausforderungen verbunden ist. Im Handel mit Gesundheitsgütern sind unter anderem die nach wie vor unklaren gesetzgeberischen Vorhaben zum Versandhandel verschreibungspflichtiger Medikamente für die hohen wirtschaftspolitischen Risiken ausschlaggebend.

Die Investitionspläne der Gesundheitswirtschaft sind zwar weiterhin expansiv ausgerichtet, erreichen jedoch ihr Sechs-Jahres-Tief: Auch hier sind die Betriebe der Medizintechnik sowie der Handel bei Gesundheitsgütern besonders zurückhaltend.

In den Hauptexportbranchen der Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Pharmabranche – befinden sich die Exporterwartungen immer noch auf einem im Branchenvergleich weit überdurchschnittlichen Niveau. Jedoch sind die Erwartungen aufgrund hoher Auslandsrisiken auch hier nun deutlich gesunken.

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen der Gesundheitswirtschaft gehen insgesamt etwas zurück. Die Betriebe der Medizintechnik sowie der Handel bei Gesundheitsgütern sind auch hier besonders zurückhaltend. Dennoch ist die Gesundheitswirtschaft nach wie vor einer der Jobmotoren in Deutschland. Unter dem Strich deuten die Zeichen trotz hoher wirtschaftspolitischer Risiken sowie verstärkter Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften nämlich weiterhin auf Beschäftigungszuwachs.

Geschäftslage

Geschäftslage getrübt wie zuletzt im Jahr 2013

Die Geschäftslage in der deutschen Gesundheitswirtschaft trübt sich weiter ein und erreicht den niedrigsten Wert seit Herbst 2013. Weniger als die Hälfte der Unternehmen beurteilt ihre Geschäftslage noch als „gut“ (45 Prozent), dagegen zehn Prozent als „schlecht“. Der resultierende Saldo von 35 Punkten bedeutet eine Verschlechterung der Lage gegenüber Frühjahr 2019 um vier Punkte.

Die Lage ist jedoch besser als in der Gesamtwirtschaft (hier 30 nach zuletzt 36 Punkten). Die deutsche Medizintechnik läuft aktuell nach wie vor auf hohen Touren (48 nach zuletzt 43 Punkten). Die Geschäftslage in der pharmazeutischen Industrie (43 nach zuletzt 53 Punkten) sowie im Handel mit Gesundheitsgütern (21

nach zuletzt 35 Punkten) verschlechtert sich hingegen deutlich. Die neuen Regelungen zum Großhandelsrabatt bei Arzneimitteln, die der Gesetzgeber mit dem im Mai in Kraft getretenen Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) vorgeschrieben hat, schlagen sich bereits nieder.

Stabilisierend wirkt sich jedoch aus, dass Gesundheitsleistungen in einer älter werdenden und gleichzeitig zunehmend gesundheitsbewussten Gesellschaft hoch im Kurs stehen sowie konjunkturelle Schwankungen weniger Einfluss auf die Gesundheitswirtschaft als auf andere Branchen wie etwa die Automobilwirtschaft haben. Gleichzeitig sehen sich jedoch viele Unternehmen mit steigenden Geschäftsrisiken konfrontiert, die sich in ihren Geschäftserwartungen niederschlagen.

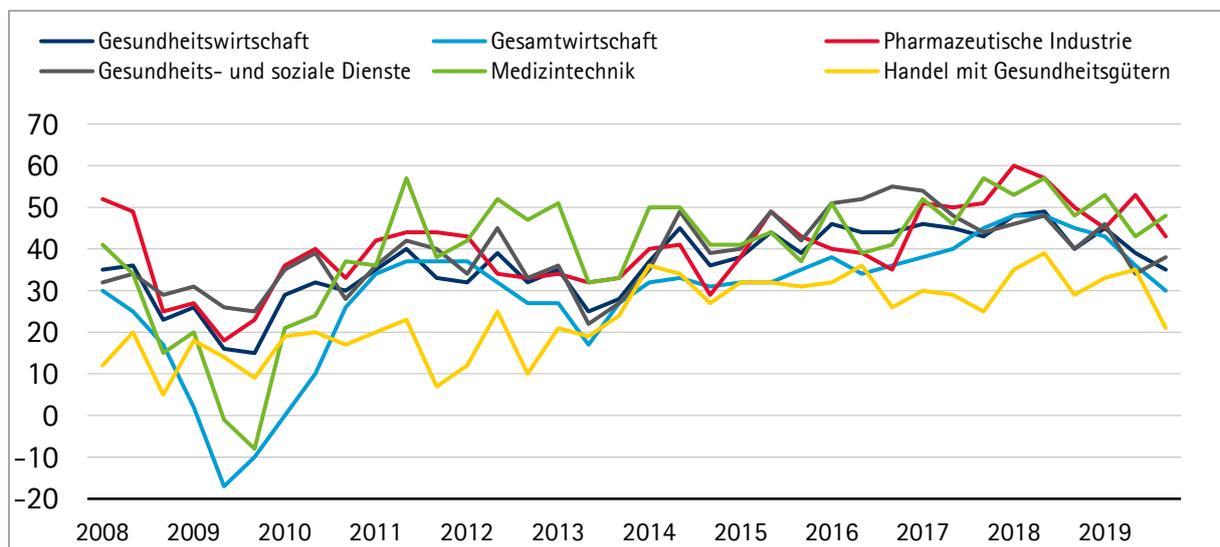


Abb. 1: Entwicklung der Geschäftslage in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „gut“ und „schlecht“ Anteilen)

Geschäftserwartungen

Unternehmen so wenig zuversichtlich wie zuletzt im Jahr 2009

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen sind deutlich gesunken. Sie blicken nun merklich verhaltener auf ihre künftigen Geschäfte. Nur noch 24 Prozent der Unternehmen rechnen mit besseren Geschäften, 17 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Mit einem Saldo von sieben Punkten (zuletzt 14 Punkte) erreichen die Geschäftserwartungen den niedrigsten Wert seit der Fröhsommerumfrage 2009. Insgesamt sind die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft aber nach wie vor zuversichtlicher als die Unternehmen in der Gesamtwirtschaft (hier minus sieben nach zuletzt fünf Punkten).

Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft sehen sich mit steigenden wirtschaftspolitischen Risikofaktoren konfrontiert. Gleichzeitig nennen mehr Unternehmen die Arbeitskosten als Risikofaktor. Das größte Risiko bleibt aber weiterhin der Fachkräftemangel.

In der Medizintechnik (19 nach zuletzt 34 Punkte) gehen die Erwartungen deutlich zurück. Die hohen wirtschaftspolitischen Risiken aufgrund des näher rückenden Geltungsbeginns der EU-Verordnung über Medizinprodukte schlagen

sich nun auch in den Geschäftserwartungen nieder. Zudem trüben sich die Exportaussichten der Betriebe stark ein (28 nach 47 Punkten). Die Unternehmen sehen sich mit steigenden Auslandsrisiken konfrontiert, insbesondere aufgrund der zahlreichen internationalen Handelskonflikte sowie des wachsenden Protektionismus auf vielen Märkten.

Auch im Handel mit Gesundheitsgütern (minus elf nach zuletzt fünf Punkte) sind die Geschäftserwartungen deutlich gesunken. Unter den Händlern von Gesundheitsgütern rechnen nun sogar mehr Unternehmen mit einer Verschlechterung (27 Prozent) als mit einer Verbesserung (16 Prozent). Der Erwartungssaldo liegt nun bei -11 (zuletzt fünf Punkte) und erreicht somit den niedrigsten Wert seit Jahresbeginn 2012. Die Unternehmen der Branche sehen sich insbesondere mit steigenden wirtschaftspolitischen Risiken konfrontiert.

Die Betriebe der pharmazeutischen Industrie blicken weniger optimistisch in die Zukunft als im Fröhsommer (17 nach zuletzt 20 Punkten). Mehr Unternehmen nennen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Arbeitskosten als Risikofaktor.

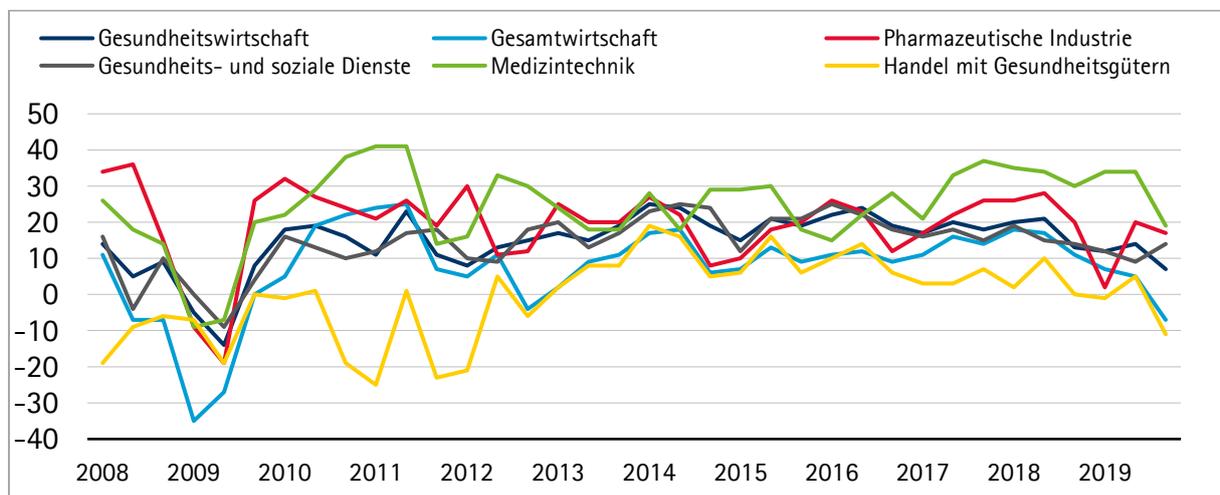


Abb. 2: Geschäftserwartungen in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Anteilen)

Fachkräftemangel konstant hoch

Der Fachkräftemangel bleibt das Top-Risiko aus Sicht der Betriebe in der Gesundheitswirtschaft. 65 Prozent sehen ihn als Gefahr für ihre Geschäftstätigkeit an (66 Prozent in der Vorumfrage). Die Sorge um fehlende Fachkräfte ist damit in der Gesundheitswirtschaft nach wie vor noch stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft (hier 56 nach 59 Prozent). Die Gesundheits- und sozialen Dienste liegen mit 83 Prozent mit ihren Sorgen um Personalmangel erneut ganz vorne (zuletzt 84 Prozent). Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden

Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen. Da die anderen Branchen der Gesundheitswirtschaft nicht so stark personalintensiv sind, spüren sie den Fachkräftemangel im Vergleich etwas weniger, aber immer noch deutlich: Im Handel mit Gesundheitsgütern (54 nach zuletzt 58 Prozent) sowie in der Medizintechnik nehmen die Sorgen gegenüber der Vorumfrage ab (52 nach zuletzt 62 Prozent). In der pharmazeutischen Industrie steigen sie auf 47 nach zuletzt 42 Prozent.

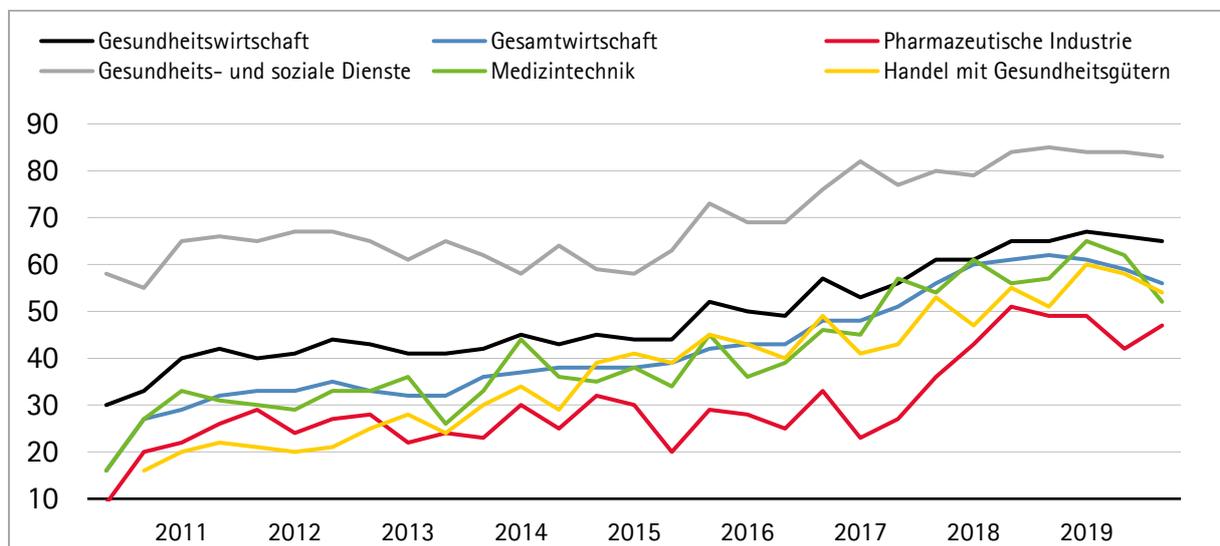


Abb. 3: Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in %)

Neben Problemen bei der Suche und Bindung geeigneter Fachkräfte sind auch hohe Arbeitskosten ein Risiko für die Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. Sie bieten bessere Konditionen, um geeignetes Personal zu gewinnen und zu halten. 41 Prozent der Betriebe sehen in steigenden Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko (nach zuletzt 38 Prozent). Besonders deutlich steigt die Risikoschätzung bei den Betrieben der Medizintechnik an (46 nach zuletzt 36 Prozent) sowie der pharmazeutischen Industrie (43 nach zuletzt 32 Prozent) an. In der Medizintechnik ist ein Grund für die deutlich höhere Risikoschätzung, dass es für sehr viele Unternehmen auf-

grund der neuen EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) ab dem 26. Mai 2020 vorgeschrieben sein wird, Spezialisten im Bereich Regulatory Affairs einzustellen. Die Betriebe rechnen mit hohen Arbeitskosten, um diese Spezialisten zu gewinnen.

Im Handel mit Gesundheitsgütern nennen nun 39 Prozent der Betriebe die Arbeitskosten als Geschäftsrisiko (nach zuletzt 37 Prozent). Bei den Gesundheits- und sozialen Dienste reduziert sich die Risikoschätzung hingegen auf 43 nach zuletzt 46 Prozent. Ein Grund könnte das Inkrafttreten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetz

(PpSG) sein. Krankenhäuser werden unter anderem übergangsweise finanziell entlastet, beispielsweise dann, wenn die Pflegepersonalkosten durch Tarifierhöhungen steigen.

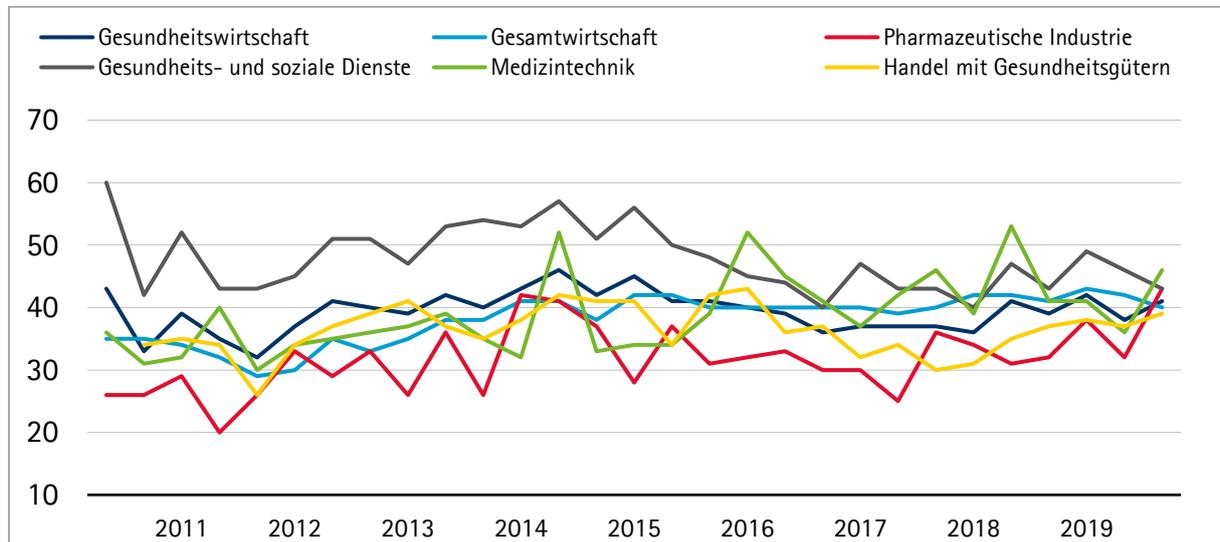


Abb. 4: Arbeitskosten als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in %)

Wirtschaftspolitik zunehmend Geschäftsrisiko

Die Gesundheitswirtschaft ist durch einen sehr hohen Regulierungsgrad geprägt. Die Unternehmen bewegen sich in einem systembedingten Spannungsverhältnis zwischen Innovationsoffenheit, Qualitätssicherung und Finanzierbarkeit. Ihre Geschäftsentwicklung ist deshalb stark von den politischen Entscheidungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege abhängig. Restriktive Maßnahmen hindern innovative Produkte und Leistungen zunehmend an der Markteinführung. Es besteht die Gefahr, dass das Potenzial von Zukunftsfeldern wie der Biotechnologie und der digitalen Medizin in Deutschland nicht voll ausgeschöpft werden kann und die deutsche Gesundheitswirtschaft zukünftig an Innovationskraft verlieren wird. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind daher der zweitgrößte Risikofaktor aus Sicht der Gesundheitswirtschaft. 50 Prozent der Betriebe nennen dieses Risiko als Gefahr für ihre Geschäftstätigkeit (46 Prozent in der Vorumfrage). Nach wie

vor sehen sich mehr Unternehmer der Gesundheitswirtschaft mit diesem Risiko konfrontiert als die Unternehmen in der Gesamtwirtschaft (hier 45 Prozent).

Die Risikoschätzung in der Medizintechnik bleibt mit 48 Prozent auf konstant hohem Niveau (nach zuletzt 47 Prozent). Aufgrund des näher rückenden Geltungsbeginns der neuen EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR), sind die Unternehmen der Branche nicht nur mit zukünftig höheren regulatorischen Anforderungen konfrontiert, sondern auch mit dem Problem, dass die Anwendbarkeit der Verordnung in der Praxis noch nicht gewährleistet ist. Insbesondere besteht ein Engpass bei den Benannten Stellen, die für den CE-Kennzeichnungsprozess zuständig sind. Die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung des DIHK zusammen mit dem Industrieverband SPECTARIS zur Betroffenheit der Hersteller durch die MDR¹ zeigen, dass fast 80 Prozent der Medizintechnikunternehmen

¹ [DIHK/SPECTARIS](#), 2019.

aufgrund der MDR mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen, innovative Produkte zukünftig auf den Markt zu bringen.

Auch bei den Händlern mit Gesundheitsgütern sind die Sorgen um die Wirtschaftspolitik weiter groß. Nun sehen sich sogar 64 Prozent der Unternehmen diesem Risiko ausgesetzt (nach zuletzt 61 Prozent). Hier sind die nach wie vor unklaren gesetzgeberischen Vorhaben zum Versandhandel verschreibungspflichtiger Medikamente ausschlaggebend. Hintergrund ist, dass die Stellungnahme der EU-Kommission zum nationalen Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken (VOASG) noch nicht vorliegt, so dass der Gesetzgebungsprozess aktuell stockt. Unsicherheiten für den Handel könnten sich auch aufgrund der geplanten Einführung des elektronischen Rezeptes in der Arzneimittelversorgung

ergeben. Das Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) sieht vor, dass die Rahmenbedingungen für das E-Rezept bis zum 16. März 2020 feststehen müssen.

Auch in der Pharmaindustrie sind die Sorgen weiter groß (52 nach zuletzt 47 Prozent). Viele Unternehmen sind verunsichert, welchen Einfluss das geplante Arztinformationssystem (AIS) auf die Arzneimittel-Therapieentscheidung des Arztes haben wird, das voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres an den Start geht. Wie sich die Änderungen bei der Regulierung des Bewertungs- und Preisfindungsverfahrens für sogenannte Orphan Drugs konkret in der Praxis auswirken, ist ebenfalls noch ungewiss.

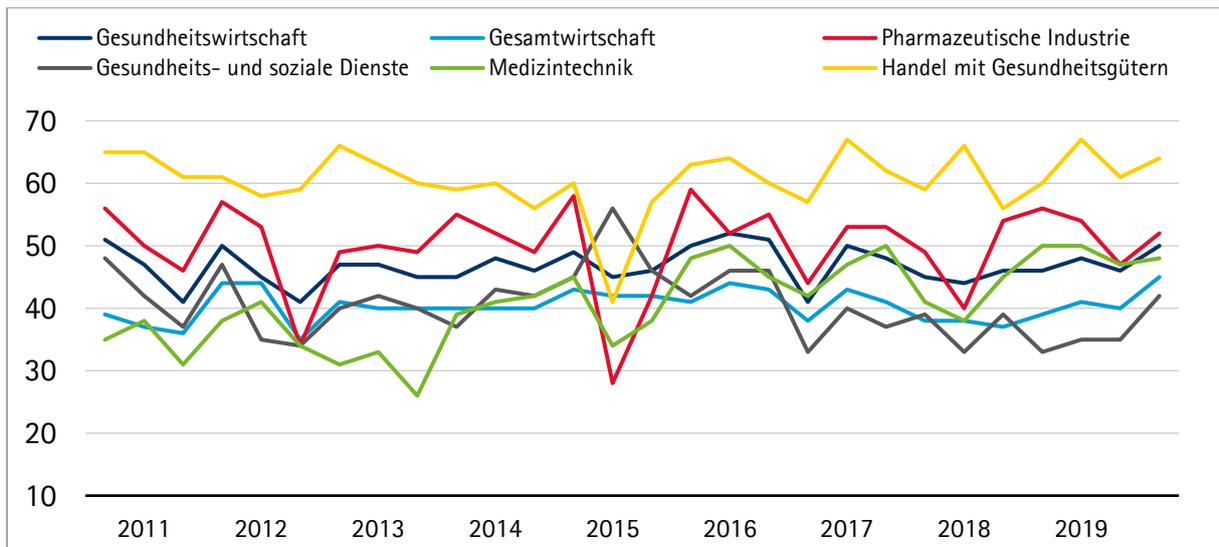


Abb. 5: Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in %)

Exportserwartungen

Optimismus trübt sich ein

In den Hauptexportbranchen der Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Pharmabranche – befinden sich die Exporterwartungen immer noch auf einem im Branchenvergleich weit überdurchschnittlichen Niveau. Durch das Wachstum der Bevölkerung und dem steigenden Wohlstand insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich der Bedarf an Gesundheitsleistungen weiter erhöhen. Produkte „Made in Germany“ werden deshalb auch in Zukunft gefragt sein.

Jedoch sind die Erwartungen auch hier zuletzt deutlich gesunken. In der Medizintechnik trüben sich die Erwartungen besonders deutlich ein (28 nach zuletzt 47 Punkten). Der Exportsaldo erreicht den niedrigsten Wert seit Frühsommer 2016. Auch der Saldo in der Pharmaindustrie fällt deutlich gegenüber der Vorumfrage (27 nach zuletzt 39 Punkten).

Grund für die gesunkenen Erwartungen sind die zahlreichen internationalen Handelskonflikte sowie der wachsende Protektionismus auf vielen Märkten.

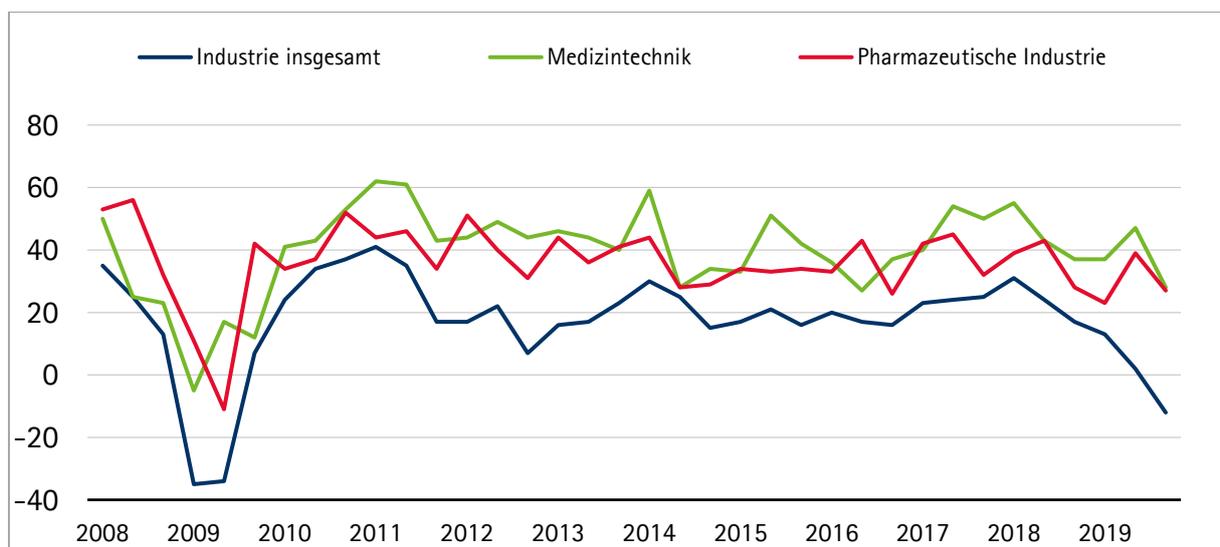


Abb. 6: Exporterwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Investitionen

Investitionsabsichten so gering wie zuletzt im Jahr 2013

Die Investitionspläne der Gesundheitswirtschaft sind nach wie vor expansiv ausgerichtet. 33 Prozent planen mit steigenden Budgets, 14 Prozent wollen ihre Ausgaben für Investitionen reduzieren. Der resultierende Saldo von 19 Punkten ist deutlich geringer als in der Vorumfrage (29 Punkte): Der niedrigste Wert seit Herbst 2013. Der Investitionssaldo liegt aber weit über dem Saldo der Gesamtwirtschaft (fünf Punkte).

Das mit Abstand bedeutendste Motiv für Investitionen in der Gesundheitswirtschaft bleiben neben Ersatzbedarf (63 nach zuletzt 62 Prozent) weiterhin Kapazitätsausweitungen (36 nach zuletzt 40 Prozent). Produktinnovationen nennen 34 Prozent als Hauptmotiv (zuletzt 35 Prozent).

Das Ergebnis der Unternehmensbefragung zur MDR², wonach 44 Prozent der befragten Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten verringern wollen, schlägt sich nun auch in den Ergebnissen zu den Investitionsplanungen der Branche nieder: Die Investitionsabsichten in der Medizintechnik sinken deutlich (zehn nach zuletzt 32 Punkten). Im Handel bei Gesundheitsgütern sinken die Investitionsabsichten sogar noch stärker (vier nach 19 Punkten), was insbesondere auf die hohen wirtschaftspolitischen Geschäftsrisiken zurückzuführen ist.

Sowohl die Gesundheits- und sozialen Dienste (29 nach 35 Punkten) als auch die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie (24 nach 29 Punkten) fahren ebenfalls ihre Investitionspläne zurück, liegen jedoch nach wie vor auf einem hohen Niveau.

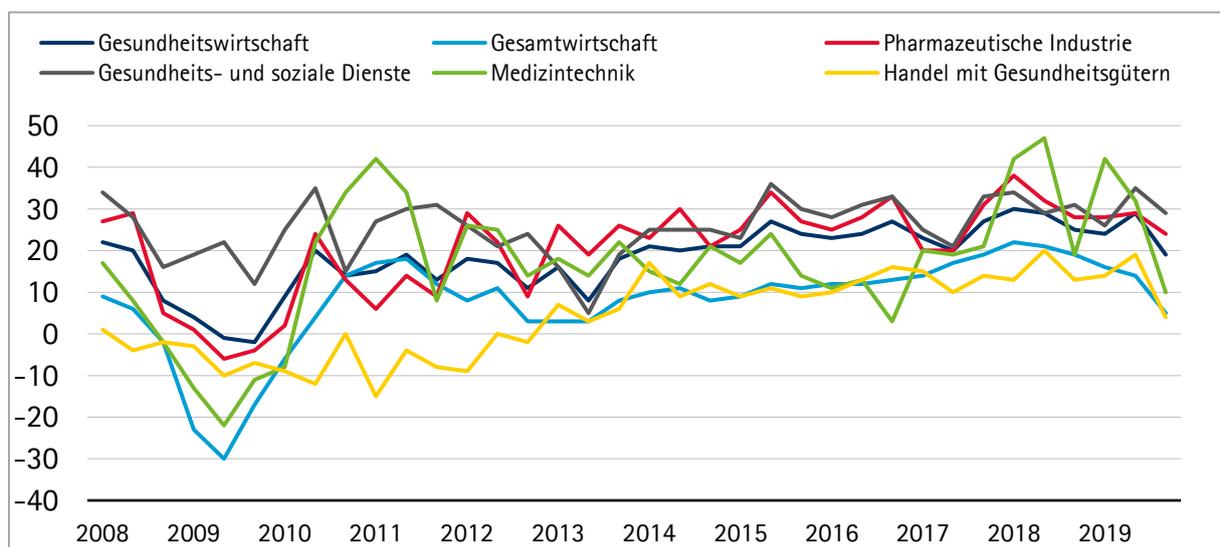


Abb. 7: Investitionsabsichten im Inland für die nächsten 12 Monaten (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

² DIHK/SPECTARIS, 2019.

Beschäftigung

Personalaufbau geht weiter

Die Gesundheitswirtschaft ist nach wie vor einer der Jobmotoren in Deutschland. 29 Prozent der Betriebe wollen Beschäftigung aufbauen, nur zehn Prozent sehen eine Reduzierung vor. Der Beschäftigungssaldo reduziert sich zwar auf 19 Punkte (zuletzt 24 Punkte), liegt jedoch nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft liegt der Saldo nun bei null Punkten (zuletzt sechs Punkte).

Die Medizintechnik (15 nach zuletzt 28 Punkte) sowie der Handel mit Gesundheitsgütern (sechs nach zuletzt 15 Punkte) reduzieren ihre Beschäftigtenplanung jedoch deutlich. Insbesondere die hohen wirtschaftspolitischen Risiken tragen zu dieser Zurückhaltung bei. Betriebe der Medizintechnik sind zwar aufgrund der MDR zukünftig dazu verpflichtet, einen Spezialisten im Bereich Regulatory Affairs einzustellen, jedoch hat die Unternehmensbefragung zur MDR ergeben, dass 25 Prozent der Betriebe aufgrund des neuen Rechtsrahmens, der die Vermarktung

innovativer Produkte erschwert, Arbeitsplätze abbauen wollen.³

Die pharmazeutische Industrie weitet ihre Beschäftigtenplanung etwas aus (14 nach zuletzt 12 Punkte), wohingegen die Gesundheits- und sozialen Dienste mit einem konstant hohen Beschäftigungsaufbau planen. Es werden vor allem personalintensive Tätigkeiten – etwa in der Altenpflege – ausgebaut. Die Suche nach geeigneten Fachkräften gestaltet sich jedoch schwer. Offene Stellen bleiben daher lange unbesetzt. Die Politik hat mit verschiedenen Gesetzesinitiativen mehr Geld für Personal in Pflegeeinrichtungen und Kliniken in Aussicht gestellt. Doch inwieweit sich die neuen Stellen angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes besetzen lassen, ist nach wie vor fraglich.

Unter dem Strich deuten die Zeichen trotz hoher wirtschaftspolitischer Risiken sowie verstärkter Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften weiterhin auf Beschäftigungszuwachs.

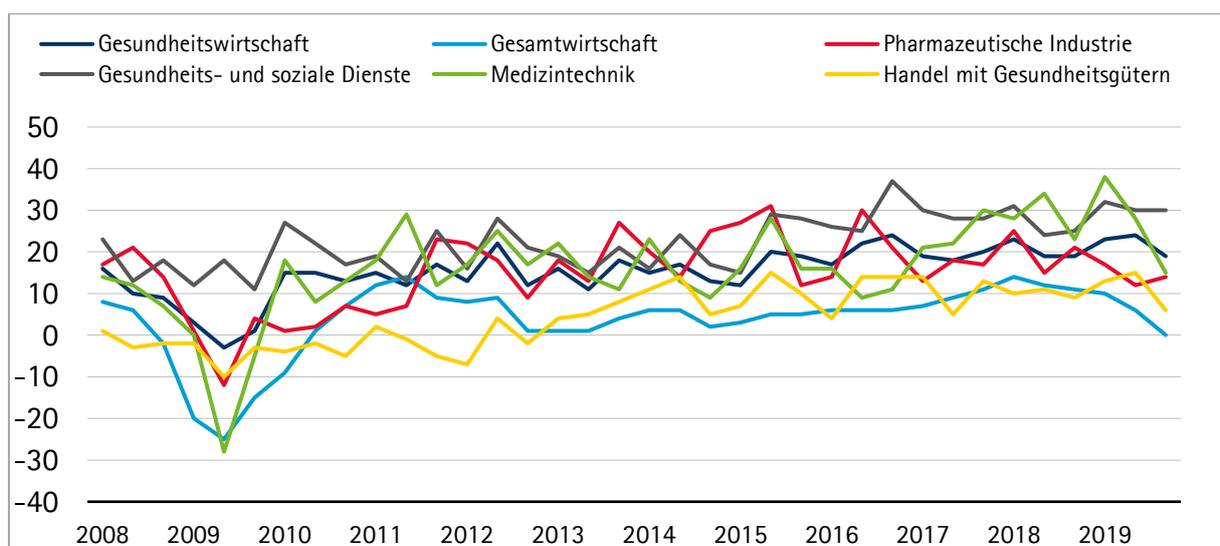


Abb. 8: Beschäftigungsplanungen der Unternehmen für die nächsten 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

³ DIHK/SPECTARIS, 2019.

Methodik

Der Gesundheitsreport basiert auf den Ergebnissen der [DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2019](#). An der Umfrage haben sich über 800 Unternehmen der Gesundheitswirtschaft beteiligt. Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Diese zählen zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft.

Die Umfrage hat von **September 2019** bis **Oktober 2019** stattgefunden.

Fragen des DIHK zur wirtschaftlichen Situation im Herbst 2019

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleichbleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wenn ja ...

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleichbleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleichbleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welches sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleichbleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl